

## **Workshop 4: ‚Muslimische Jugendliche‘ als Zielgruppe politischer Bildung**

**Samstag, 13.09.2014, 14:00 Uhr**

Leitung: Christoph Müller-Hofstede, bpb, Bonn

Referent/in: Dr. Sabine Achour, FU Berlin

Esra Küçük, Junge Islam Konferenz, Berlin

Siamak Ahmadi/ Hassan Asfour, Dialog macht Schule/ Berlin

Sindyan Qasem, ufuq.de, Berlin

Moderation: Demian von Osten, freier Journalist, Köln

Ergebnissicherung: Samy Charchira, Düsseldorf

### **Christoph Müller-Hofstede, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn**

**Ausgangspunkt:** Der Workshop soll Wissenschaftler und Praktiker zusammenbringen, die in unterschiedlichen Formaten zu den Themen 'migrantische Jugendliche' und 'muslimische Jugendliche' arbeiten und sich über die Problematik von Zielgruppendefinitionen und Zuschreibungen in der politischen Bildung sowie die sie möglicherweise mit auslösenden Mechanismen einer politischen resp. politisierten Förderpolitik auf Seiten des Bundes (BMSFJ, BAMF, BMI) verständigen.

### **Thesen und Fragen**

1. Die politische Bildung mit Jugendlichen aus Einwandererfamilien steht in den letzten Jahren allzu häufig im Zeichen religiöser Zuschreibung und thematischer Engführung – all das im Namen von Aufklärung und Antirassismus.
2. Ungeachtet der verbreiteten Rede von der Vielfalt des Islam und der realen Diversität der (oft willkürlich) statistisch als ‚muslimisch‘ bezeichneten Bevölkerung in Deutschland, wird in der Publizistik aber auch in Studien und Projektbeschreibungen immer wieder in undifferenzierter Weise von ‚muslimischen Jugendlichen‘ gesprochen.
3. Frage: Werden durch diese auf Religion als primäres Merkmal abzielende ‚Ansprache‘ möglicherweise erst die Identitäten konstruiert, die dann in Projekten und Maßnahmen politischer Bildung besonders bearbeitet werden müssen? Wird eine segregierte Sonderzone politischer Bildung geschaffen, die ja weder für buddhistische, hinduistische, atheistische oder christliche Jugendliche existiert?
4. Inwiefern steht diese ja nicht zufällig erst seit dem 11.9.2001 verbreitete Rede von den ‚muslimischen Jugendlichen‘ in direktem oder indirektem Kontext mit den sicherheitspolitischen Interessen und Reflexen, die das Thema Islam seit diesem Datum

(unvermeidlich) begleiten?

5. Kann in diesem Kontext von einer thematischen Engführung im Umgang mit ‚muslimischen Jugendlichen‘ (Prävention, Rassismus, Diskriminierung) gesprochen werden? Wie könnte eine inklusive und thematisch offenere politische Bildung aussehen, die das Thema Islam und auch besondere thematische Interessen der Jugendlichen in segregierten Bezirken und Schulen berücksichtigen kann?

---

**Dr. Sabine Achour, FU Berlin**

### **1. Ziele politischer Bildung – Mündigkeit, Urteils- und Handlungsfähigkeit**

Die Ziele politischer Bildung richten sich an alle Individuen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Milieu etc. Politische Bildung sucht die politische Mündigkeit der Individuen zu fördern. Darunter wird u. a. deren politische Urteils- und Handlungsfähigkeit verstanden, um Gesellschaft und Politik mitgestalten zu können. Politisches Urteilen hinsichtlich politischer Prozesse und Entscheidungen bezieht sich zum einen auf nachvollziehbare Kategorien wie Gerechtigkeit, Freiheit, Menschenwürde, Nachhaltigkeit, Teilhabemöglichkeiten, zum anderen aber auch auf Überlegungen in Bezug auf Nutzen, Kosten, Leistungsfähigkeit. Somit wird sowohl die Legitimität politischer Entscheidungen, Lösungen etc. bewertet wie auch deren Effizienz. Dies geschieht aus verschiedenen Perspektiven (Betroffene/ Akteure, Parteien, NGO´s/ Verbände, Medien etc.). Politische Handlungsfähigkeit beginnt bei kommunikativen Akten wie Diskussionen, Argumentieren, bezieht sich aber auch auf partizipatives Handeln wie z.B. das Engagement in Parteien, NGO´s, Wählen, an Demonstrationen teilnehmen u.v.m.

### **2. Muslime Jugendliche – eine besondere Zielgruppe politischer Bildung?**

Muslimische Jugendliche bezeichnen sich im Vergleich zu Angehörigen anderer Religionen als besonders religiös (bis zu 90%, s. Religionsmonitor). Religiosität kann das Denken, Urteilen, Handeln, Identitäten und Werte der Individuen beeinflussen, somit auch politisches Denken, Urteilen, Handeln und politische Einstellungen. Religiöse Werte können ebenso wie humanistische, soziale, liberale, konservative etc. Wertkategorien darstellen, die hinter politischen Urteilen und Handlungen stehen. Muslimische Jugendliche stellen eine immer größer werdende Adressatengruppe politischer Bildung dar. Zur Diskussion steht, ob die politische Bildung darauf mit neuen und/ oder besonderen Konzepten reagieren muss.

### **3. Antimuslimischer Rassismus und „muslimische Defensivkulturen“ als Herausforderung politischer Bildung**

„75% der Deutschen meinen, der Islam passe nicht in die westliche Welt“ (Leibold et al. 2012, Pickel 2013, Brähler/ Decker 2014).

Der Islam werde häufig gleichgesetzt mit einer bestimmten politischen, moralischen, kulturellen Sichtweise, die mit „dem Westen“, Demokratie, Moderne, Grund- + Menschenrechten, Säkularisierung/ säkularem Rechtsstaat, Emanzipation, Individualismus etc. nicht vereinbar sei. Sabine Achour bezeichnet dies als „Topos der Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie“ (Achour 2013) und sieht darin eine mögliche Basis für antimuslimischen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Demokratiedistanz.

Eine besondere Brisanz des Topos´ der Unvereinbarkeit liegt zusätzlich darin, dass ein Teil der muslimischen Community auf dieser Basis so genannte „Defensivkulturkonzepte“ entwickelt. Diese haben die Funktion, eine Alternative zum Westen/ Demokratie zu sein, in denen soziale Ungleichheiten von Muslimen in unterschiedlicher Form in Erscheinung treten und Gefühle kollektiver Marginalisierung hervorrufen (auch international, z. B. in Bezug auf den Nahost-Konflikt). Insofern kann der Topos der Unvereinbarkeit auch Identitätskonzepte und Jugendkulturen beeinflussen und demokratiedistante Einstellungen hervorrufen.

#### **4. Der Topos als Hindernis für politische Urteils- und Handlungsfähigkeit**

Der Topos der Unvereinbarkeit kann soziale Distanzen zwischen muslimisch und nichtmuslimisch geprägten Individuen hervorrufen und behindert damit die gemeinsame Gestaltung von Politik und Gesellschaft. Er kann aufgrund problematischer Konzepte zu Islam und Demokratie das politische Denken, Urteilen, Handeln sowie Identitäten für Partizipationsprozesse in einer offenen Gesellschaft ungünstig beeinflussen (Extremismus, antimuslimischer Rassismus, Demokratiedistanz etc.).

#### **5. Politische Bildung benötigt emanzipatorische Islamkonzepte und islamintegrative Demokratiekonzepte**

Basis für Urteils- und Handlungsfähigkeit ist u. a. politisches Wissen (Konzepte zu Politik). Lernende kommen mit Präkonzepten in Bildungsveranstaltungen (Schule, außerschulische pB), die teilweise problematisch sind (Misconceptions). Hinter dem Topos der Unvereinbarkeit verbergen sich auch verschiedene problematische Konzepte zu Islam *und* Demokratie, welche unabhängig von Religionszugehörigkeit oder Herkunft verbreitet sind. Ein zentraler Schritt politischer Bildung besteht darin, solche problematischen Konzepte aufzuspüren und in Frage zu stellen sowie Alternativen für Konzeptwechsel anzubieten.

#### **6. Beispiele für emanzipatorische Islamkonzepte und islamintegrative Demokratiekonzepte**

Der Islam beruft sich wie auch das Christentum, Judentum oder Humanismus und Aufklärung auf zentrale Grundwerte wie Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit, Menschenwürde. So lässt sich die Menschwürde als Grundrecht z. B. christlich aus der Ebenbildlichkeit Gottes herauslesen,

(emanzipatorisch-) islamisch aus der Idee der Statthalterschaft Gottes durch den Menschen auf Erden. In ähnlicher Weise werden in der Debatte zur Vereinbarkeit von Islam und Demokratie – insbesondere innermuslimisch – verschiedene Freiheits- und Teilhaberechte islamisch angebunden, worauf die politische Bildung im Sinne der Subjektorientierung rekurrieren kann, wenn sie mit Jugendlichen arbeitet, für die der Islam zentral für Denken und Handeln ist. Im Gegenzug dazu kann ein weites Verständnis z. B. von Säkularisierung ein islamintegratives Konzept darstellen. Der säkulare Rechtsstaat Deutschlands schützt u. a. durch das Grundrecht der Religionsfreiheit, die Glaubenspraxis der Angehörigen von Religionsgemeinschaften sowie die Möglichkeit, sich als Interessensgruppe für ihre Belange zivilgesellschaftlich und politisch zu engagieren wie z. B. im Kontext der Beschneidungsdebatte. Auf der anderen Seite bestimmt der säkulare Rechtsstaat die Grenze, die zwischen religiöser Freiheit und Menschenrechtsverletzung differenziert: Manifestierung von Ungleichheit, Verletzung der Menschenwürde durch religiöse Traditionen.

### **7. Je kontroverser die Debatten, desto mehr politische Bildung**

Gerade die öffentliche Debatte zu Themen, deren besondere Kontroversität durch das Aufeinanderprallen konservativer, religiös angebundener, liberaler, emanzipatorischer Ansichten zustande kommt, ist für das Zusammenleben und die politische Entscheidungsfindung in heterogenen Gesellschaften besonders wichtig. Sie beinhalten nicht nur die Möglichkeit, Stereotype und problematische Konzepte aufzubrechen, die sonst in abgeschotteten Gruppen immer wieder reproduziert werden. Sie fördern die politische Mündigkeit, indem sie politische Urteils- und Handlungsfähigkeit motivieren. Detlev Pollack, Leiter des Forschungsprojektes Politik und Religion an der Uni Münster, hat die These aufgestellt, dass die besonders starke Ausprägung antimuslimischen Rassismus´ in Deutschland im Vergleich zu den Nachbarländern Frankreich, Niederlande, Holland, dadurch zustande komme, dass zu wenig über den Islam öffentlich diskutiert werde.

### **8. Wieviel Pluralismus traut sich die politische Bildung im Bezug zum Islam zu?**

Die politische Bildung steht insgesamt vor der Frage, wie stark sie es sich zutraut und umsetzt, sich auch mit religiösen Fragen auseinander zu setzen. Kann die Thematisierung des Islam sowie die Berücksichtigung individueller Gläubigkeit die Realisierung von Konzepten wie Diversity, Empowerment, interkulturelles Lernen, Heterogenität, Adressatenorientierung sein, welche auch die politische Bildung befürwortet? Dabei geht es nicht um die Frage, welche politische Bildung brauchen Muslime (i. S. einer „Muslimdidaktik“), sondern wie kann politische Bildung für alle im Kontext des Islam aussehen?

---

## **Esra Küçük, Junge Islamkonferenz, Berlin**

### **Informationen zur Jungen Islam Konferenz (JIK)**

1. Ziel der JIK ist es, die gleichberechtigte Teilhabe und die Anerkennung für kulturelle Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft zu stärken.
2. Die JIK beschäftigt sich anhand der Rolle von Islam und Muslimen mit Abwertungs- und Anerkennungsprozessen in Deutschland und möchte einen chancenorientierten Umgang mit diesem Thema fördern. Muslimbilder werden in diesem Kontext als Gradmesser für Akzeptanz im Umgang mit Vielfalt in einer postmigrantischen Gesellschaft betrachtet.
3. Die JIK ist ein Dialogforum für muslimische und nicht-muslimische junge Menschen im Alter von 17 bis 25 Jahren. Sie wendet sich mit ihrer Arbeit allerdings explizit an die Gesamtgesellschaft, um in öffentliche Debatten zu intervenieren und diese aktiv mitzugestalten.
4. Die JIK ist ein Projekt der außerschulischen politischen Bildungsarbeit. Sie arbeitet im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Dabei vermittelt sie wissenschaftliche Ergebnisse jugendgerecht, transportiert junge herkunftsübergreifende Perspektiven in den Diskurs, mischt sich ein und überreicht politische Empfehlungen an Entscheidungsträger.
5. Die JIK befindet sich in einem Prozess der Regionalisierung – mit dem Ziel, vor Ort zu arbeiten und lokale Belange anzusprechen. Dies bietet nicht nur den Vorteil, lokale und regionale Netzwerke junger Menschen aufbauen zu können; auch können politische Empfehlungen vor dem Hintergrund landespolitischer Kompetenzen zielgerichteter entwickelt und formuliert werden.

### **Drei Thesen zu muslimischen Jugendlichen als Zielgruppe politischer Bildung**

1. Ein Großteil politischer Bildungsinitiativen arbeitet im Feld der Antiextremismus- bzw. Präventionsarbeit. Dies reflektiert öffentliche Debatten über Islam und Muslime, die ebenfalls oft von sicherheitspolitischen Aspekten dominiert werden.
2. Unwissen über Islam und Muslime ist direkte Quelle für soziale Vorbehalte. Infolge dieses Unwissens werden junge Muslime zur Projektionsfläche für Negativassoziationen und Pauschalisierungen. Politische Bildungsinitiativen sollten

den Anspruch haben, Wissen zu vermitteln, um einen differenzierten Umgang zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zu ermöglichen.

3. Politische Bildung sollte Dialog auf Augenhöhe ermöglichen. Um gleichberechtigten Dialog zu gewährleisten, sollte er vermehrt herkunftsübergreifend stattfinden. Initiativen sollten vermeiden, soziale Fremdzuschreibungen zu reproduzieren und dadurch die Reduktion auf ein persönliches Identitätsmerkmal zu bestätigen. Politische Bildung in einer postmigrantischen Gesellschaft sollte solch monokulturelle Schemata aufbrechen.

---

**Siamak Ahmadi / Hassan Asfour, Dialog macht Schule gGmbH, Berlin**

### **Dialog macht Schule – Politische Bildung für Schulen in der Einwanderungsgesellschaft**

1. **Ziel** von *Dialog macht Schule* ist es, Jugendliche ab 12 Jahren aus sozialbenachteiligten Einwandererfamilien bei ihrer (hybriden) Identitätsentwicklung zu unterstützen und ihr Bewusstsein für Demokratie sowie gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.
2. **Dafür mobilisiert DmS** die Potentiale von Student\*innen zwischen 21-29 Jahren, meist mit eigener Einwanderungsgeschichte, und bildet sie zu Dialogmoderator\*innen aus – sie sind Mentoren politischer Bildung, die mit einem dialogisch-partizipativen Ansatz arbeiten.
3. **Der Einsatzort der Dialogmoderator\*innen sind segregierte Schulen**, in denen nicht selten über 70% der Schülerschaft einen Einwanderungshintergrund hat. Dort begleiten sie die Schüler\*innen, entweder im Rahmen des Unterrichts (Ethik oder Gemeinschaftskunde) oder in Form von AGs.
4. **Über zwei Jahre haben die Dialogmoderator\*innen Zeit** in kleinen Gruppen mit max. 15 Schülern (eine Klasse wird in zwei Gruppen geteilt) zu arbeiten. Genügend Zeit, um einen geschützten Vertrauensraum aufzubauen, in dem sowohl persönliche Themen wie Identität, Heimat, Zugehörigkeit, Rassismus und Religion, aber auch gesellschaftspolitische Fragestellungen wie Gerechtigkeit, Geschlechterrollen, Nahostkonflikt und Grund- und Menschenrechte besprochen werden können.

5. **Aus dem Dialog entstehen Aktionen und Projekte.** Über Diskussionen mit gesellschaftlichen und politischen Akteuren bis hin zum Dreh eigener Kurzfilme und Antidiskriminierungskampagnen in der eigenen Schule oder im eigenen Kiez versuchen die Dialogmoderator\*innen die Handlungsfähigkeit der Jugendlichen zu stärken. So werden über die zwei Jahre hinweg schrittweise persönliche, soziale und demokratische Kompetenzen aufgebaut und die reflektierte Auseinandersetzung mit der eigenen Verortung in der Gesellschaft gefördert.

### 3 Leitideen von Dialog macht Schule

1. **Das Mentoringprogramm arbeitet ressourcen- und kompetenzorientiert.** Wir sind davon überzeugt, dass auch sozial- und bildungsbenachteiligte Jugendliche die Fähigkeit haben, als mündige Menschen eine aktive Rolle in der Gesellschaft einnehmen können und auch sollen.
2. **Bewertungsfreier und thematisch offener Ansatz.** Grundlage für die in den Gruppen behandelten Themen bilden die Interessen der Schülerinnen und Schüler und nicht eine von uns erstellte Auswahl von Themen, die ausschließlich auf ihrer religiösen und ethnischen Zusammensetzung basiert. Zur Zielgruppe von DmS gehören demnach NICHT ausschließlich „muslimische Schülerinnen und Schüler“, sondern heterogene Schülergruppen mit diversen Hintergründen, von denen der muslimische Hintergrund einer von vielen ist.
3. **Eine wertschätzende und von Neugier geprägte Haltung** bildet das Fundament der dialogischen Arbeit. Fragendes Herantasten statt argumentative Konfrontation baut Abwehrhaltungen ab und ermöglicht die Arbeit an den genuinen Interessen der Jugendlichen.

---

**Sindyay Qasem, ufuq.de, Berlin**

#### **Was postest Du?**

#### **Politische Bildungsarbeit online mit jungen Musliminnen und Muslimen**

Das Projekt „Was postest Du?“ greift die Bedeutung von Sozialen Netzwerken, Webforen und Content-Sharing-Plattformen für die Meinungsbildung auf und erprobt Ansätze der politischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen im Web 2.0.

Im Mittelpunkt steht dabei die online geführte Auseinandersetzung mit den Interessen, Fragen und Orientierungen von muslimisch sozialisierten Jugendlichen in Deutschland.

Junge muslimische Teamerinnen und Teamer bringen sich als Gesprächspartner in Diskussionen ein, die von Jugendlichen in Online-Medien geführt werden, und melden sich mit Informationen, Denkanstößen und Hinweisen auf Hilfsangebote zu Wort. Auf diese Weise sollen Jugendliche für aktuelle gesellschaftliche, politische und theologische Kontroversen sensibilisiert und zu einer Reflektion über Fragen von Identität, Zugehörigkeit und Religion angeregt werden. Als Peers, die den Alltag der Jugendlichen kennen, stehen die Teamerinnen und Teamer selbst für die Vielfalt muslimischer Lebenswelten und Orientierungen in Deutschland.

Empowerment und die Förderung eines demokratischen Bewusstseins sind die Leitgedanken. Als Transferprojekt zwischen Jugendarbeit und pädagogischer Forschung leistet „Was postest Du?“ einen Beitrag zur Entwicklung neuer Ansätze der politischen Bildung im Web 2.0.

#### Leitgedanken des Projekts

- keine Abwertungen
- keine Verallgemeinerungen
- keine Verschwörungstheorien
- Multiperspektivität
- Pluralität
- Menschenrechte als gemeinsamer Rahmen
- Sensibilisierung für GMF
- Lebensweltbezug

#### Orte

Die Projektarbeit konzentriert sich vorerst auf Facebook. Eine Projektseite richtet sich an Jugendliche, vor allem aber auch an Multiplikatoren, die mit jungen Muslimen arbeiten. In einer Facebookgruppe wird mit Jugendlichen in relativ geschützter Atmosphäre diskutiert.

Weiterhin wird mit persönlichen Projektprofilen aufsuchende Arbeit geleistet.

#### Zielgruppe

Die Zielgruppe des Projekts sind junge deutschsprachige Musliminnen und Muslime unterschiedlicher Nationalität und Herkunft. Ein wichtiges Ziel ist es, diejenigen Jugendlichen, die sich nicht sichtbar und aktiv in Diskussionen einbringen, sprechfähig zu machen. Auch Jugendliche, die 'nur' mitlesen und nicht nachprüfbar teilnehmen, sind Teil der Zielgruppe.

#### Themen

Bei der Auswahl der Themen wird vor allem auf den Lebensweltbezug geachtet, persönliche Bedeutung und Deutung soll hinterfragt werden. Aktualität, Empowerment



und ein konkreter Handlungsbezug sind ebenfalls wichtige Aspekte bei der Themenauswahl.

Die initiierende und informierende Arbeit wird ergänzt durch Interventionen bei auftauchender gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Thematisierung von Diskriminierungserfahrungen.

Außerdem bietet das Projekt die Möglichkeit, muslimisch sozialisierten Jugendlichen Zugehörigkeit und Normalität zu vermitteln, indem nicht ausschließlich „islamische“ oder „migrantische“ Themen besprochen werden, sondern ebenso lokale und alltäglich relevante Themen aufgegriffen werden. So werden Musliminnen und Muslime nicht auf einen Teilbereich ihrer Identität festgeschrieben. Schlussendlich sind alle „jugendlichen“ Themen selbstverständlich auch für muslimische Jugendliche relevant.